

Zukunftsorientierung und NS-Vergangenheit. NS-Belastungen im bundesdeutschen Atom- bzw. Forschungsministerium, 1955-1972

Veranstalter: Institut für Zeitgeschichte, München, Zukunftsorientierung und NS-Vergangenheit. NS-Belastungen im bundesdeutschen Atom- bzw. Forschungsministerium, 1955-1972

Datum, Ort: 10.10.2017–11.10.2017, München

Bericht von: Moritz Herzog-Stamm, Fachbereich Geschichte und Soziologie, Universität Konstanz

Aufarbeitungsprojekte zur NS-Belastung bundesdeutscher Ministerien und Behörden haben Konjunktur. Seit der Veröffentlichung der Untersuchung zum Auswärtigen Amt im Jahr 2010¹ gibt es mittlerweile rund 20 teils noch laufende, teils abgeschlossene Projekte zu verschiedenen Bundesministerien und nachgeordneten Behörden. Gemein ist allen Studien, dass sie von den entsprechenden Ministerien finanziert wurden und den Fokus zumeist auf personelle und institutionelle Kontinuitäten legen.² Grundsätzlich reiht sich das momentan am Institut für Zeitgeschichte bearbeitete Projekt zu NS-Belastungen im Atom- bzw. Forschungsministerium hier ein³, auf seine Besonderheiten wird im Folgenden eingegangen.

Mit dem Workshop, der am 10. und 11. Oktober 2017 in München stattfand, verfolgten die Veranstalter das Ziel, einerseits die Ergebnisse der bisherigen Aufarbeitungsprojekte vergleichend zu diskutieren und andererseits Denkanstöße und Hinweise aus naturwissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Feldern einzuholen. Auf diese Weise sollten auch die genuinen Spezifika des Atomministeriums und seines Umgangs mit der eigenen Vergangenheit ermittelt werden.

Strukturell folgte die Tagung einem dreigliedrigen Aufbau. Das erste Panel nahm die in allen bisherigen Projekten zur NS-Belastung bundesdeutscher Ministerien zentrale Frage nach den personellen Kontinuitäten in den Blick. Weitergehend wurde hier auch nach den Implikationen gefragt, die sich hieraus für die Arbeitsweise der Ministerien ableiten ließen – und welche nicht. Das zweite

Panel thematisierte das persönliche Selbstverständnis der Ministerien der frühen Bundesrepublik, das dritte Panel ging der Frage nach Forschungs(dis)kontinuitäten im Zuständigkeitsbereich des Atom- und Forschungsministeriums nach.

Einleitend bot CHRISTIAN MENTEL (Potsdam) einen Überblick über bisherige Projekte zur Aufarbeitung der NS-Geschichte bundesdeutscher Ministerien. Als zwei wesentliche Probleme ermittelte Mentel zum einen den in vielen Projekten immer noch sehr schwierigen Zugang zu wichtigen Quellen, insbesondere Personalakten. Zum anderen verwies Mentel auf ein konzeptionelles Problem, das sich für sämtliche Aufarbeitungsprojekte stelle. So sei es zur Beantwortung der Frage nach NS-Belastungen zwar unumgänglich, die Lebensläufe der Mitarbeiter eingehend zu untersuchen. Gleichzeitig sei aber methodisch bisher nicht zufriedenstellend geklärt, wie festgestellte personelle NS-Kontinuitäten konkretes Verwaltungshandeln in der Nachkriegszeit nachweislich kausal beeinflusst hätten. Verschärft werde dieses Problem in Fällen, in denen ein möglicherweise „nationalsozialistischer Fingerabdruck“ (Maren Richter, München) schwer zu identifizieren sei, wie etwa in der Diskriminierung von Sinti und Roma, die sich aus wesentlich älteren Kontinuitäten speise. Mentel regte abschließend an, die Probleme bei der Verzahnung von Biographie und Institution in den Arbeiten stärker zu akzentuieren.

NIELS WEISE (München) ordnete das Projekt zum Atom- und Forschungsministerium in die aktuelle Aufarbeitungskonjunktur ein. Verglichen mit anderen Ministerien habe es in mehrfacher Hinsicht einen Sonderfall dargestellt: Die Gründung erfolgte erst 1955, zu

¹ Eckart Conze u.a., *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten um Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München 2010.

² Vgl. Christian Mentel/Niels Weise, *Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung* (Hg. von Frank Bösch, Martin Sabrow u. Andreas Wirsching), München/Potsdam 2016.

³ <http://www.ifz-muenchen.de/forschung/demokratien-und-ihr-historisches-selbstverstaendnis/projektuebersicht/ea/projekt/ns-belastungen-im-bundesdeutschen-atom-bzw-forschungsministerium-1955-1972/> (03.11.2017).

dem gab es keine direkte Vorläuferinstitution in der NS-Zeit. Anders als andere Behörden sei es gleichermaßen von wissenschaftlichen Experten, wie von klassischen Verwaltungsbeamten geprägt worden. Soweit sich das Projekt, das auch als Beitrag zur Elitenforschung der frühen Bundesrepublik konzipiert sei, mit personellen Fragen beschäftige, gehe es neben der prosopographischen Analyse auch um die Frage nach schweren persönlichen NS-Belastungen. Hierzu würden drei Kategorien angewandt: 1. ideologische Belastung, 2. Belastung durch die berufliche Funktion vor 1945, 3. Mitwirkung an einzelnen Mordtaten und Kriegsverbrechen. Als erstes Indiz für eine mögliche ideale Brücke zum Nationalsozialismus lasse sich festhalten, dass vergleichsweise viele ehemalige NSDAP-Mitglieder in Führungssämtern zu finden seien. Gleichzeitig betonte Weise, aber die beschränkte Aussagekraft dieses vorläufig rein numerischen Befundes.

IRINA STANGE (Berlin) warf in ihrem Vortrag ein Schlaglicht auf die Einstellungspolitik, die das Bundesministerium des Inneren gegenüber NS-Belasteten verfolgte. Stange machte deutlich, dass eine Melange von Personalknappheit, alten NS-Seilschaften im Ministerium und der Sorge vor einer zu starken Abhängigkeit von Personal aus der alten Bi-Zonenverwaltung NS-Belasteten den Weg ins Ministerium eröffnet habe. So habe die im Vergleich zu den Landesministerien späte Gründung dazu geführt, dass ein großer Teil verfügbaren unbelasteten Personals schon anderweitig untergekommen war. Diese Situation wiederum sei von bereits im Innenministerium aktiven Belasteten genutzt worden, Vertraute ins Haus zu holen, die schon im Nationalsozialismus Verwaltungserfahrung gesammelt hatten. Versuche einzelner Minister, wie Gustav Heinemann, den Einfluss Schwerbelasteter zumindest auf der Führungsebene zurückzudrängen, seien auf erbitterten Widerstand gestoßen.

Das zweite Panel eröffnete FRIEDER GÜNTHER (Berlin), der in seinem Vortrag das Selbstbild der Beamten des Bundesministeriums des Innern in den Blick nahm. Zentral für deren Selbstverankerung sei ein Selbstverständnis als „unpolitische“ Funktionselite gewesen, wobei man sich einem idealis-

tisch grundierten, aus der Kaiserzeit entlehnten Staatsbegriff verpflichtet gefühlt habe. Das Konzept des „unpolitischen Beamten“ habe hierbei zum einen die Rolle einer Exkulpationsstrategie übernommen, indem es die Einziehung einer (tatsächlich im Nationalsozialismus nicht existenten) Trennwand zwischen Verwaltung und Nationalsozialismus als Ideologie ermöglichte. Zum anderen habe der „unpolitische Beamte“ als Figur aber auch eine widerspruchsfreie Integration der mehrheitlich konservativ-nationalistischen Beamten in die neue parlamentarische Demokratie ermöglicht.

MANFRED GÖRTEMAKER (Potsdam) referierte anschließend zum Umgang mit NS-Kontinuitäten im Bundesministerium der Justiz, welcher durch eine Trias von Beschweigen persönlicher Schuld, klandestiner Arbeit für die Amnestierung von NS-Verbrechern und einer Außendarstellung, als unpolitischer Funktionselite geprägt gewesen sei. Ganz ähnlich, wie im Bundesinnenministerium, habe sich das Führungspersonal in erheblichem Maße aus ehemaligen NSDAP-Mitgliedern zusammengesetzt, Karrierebrüche hätten eine absolute Ausnahme dargestellt. Insbesondere bei der Verfolgung von NS-Unrecht habe die Behörde eine unrühmliche Rolle gespielt: Mit der Lockerung des Beihilfeparagraphen des Strafgesetzbuches wurde eine Vielzahl von Tätern strafbefreit, gleichzeitig seien Wiedergutmachungsprozesse gezielt verschleppt worden. Dass dies trotz zweifelsfrei demokratischer Führung passierte, sei auf die Einstellungsprämisse zurückzuführen, im Zweifelsfall Kompetenz und Verwaltungserfahrung im Sinne eines leistungsfähigen Apparates höher zu gewichten, als etwaige NS-Belastung. Aus internen Publikationen dieser Zeit gehe sogar eine bewusste Traditionspflege der Behördenkontinuität hervor. Es sei vonseiten der Leitung das in der Beamten-schaft gepflegte Bild der anpassungsfähigen, apolitischen Funktionselite aufgegriffen und befördert worden. Folgerichtig seien Reformen auch nicht aus dem Ministerium selbst entstanden, sondern erst in den 1960er Jahren auf Druck von außen.

Den Umgang des Bundeswirtschaftsministeriums mit der eigenen Vergangenheit beschrieb BERNHARD LÖFFLER (Regensburg),

als eine bewusste „invention of tradition“. Eckpfeiler der behördeninternen Ressortgeschichtsschreibung sei der Entwurf einer eigenen *longue durée* des liberalen Habitus und Denkens gewesen. Der Nationalsozialismus wurde so als „Einbruch“ in eine traditionsreiche Behördengeschichte inszeniert und das Wirtschaftsministerium vom Mittäter zu einem der ersten Opfer des Regimes umgedeutet. Dieser kreative Umgang mit der eigenen Vergangenheit sei zudem von einem ausgesprochen elitären Selbstverständnis flankiert worden, das dem Ministerium und seinen Mitarbeitern eine strukturelle Einzigartigkeit an generalistischer Kompetenz und offener Diskussionskultur attestierte. „Kompetenz“ sei auch als Argument für das personalpolitische „roll back“ seit den 1950er Jahren verwendet worden, das eine Vielzahl unbelasteter Kräfte mit Personal tauschte, welches auch im Nationalsozialismus aktiv war: Diesem sei ein qua Berufserfahrung größeres Maß an Kompetenz zugesprochen worden.

Um nicht weniger, als um die Sicherung der „Zukunft des deutschen Volkes“ ging es aus Sicht des Führungspersonals des Atom- und Forschungsministeriums bei der eigenen Arbeit. THOMAS RAITHEL (München) zeigte in seinem Vortrag auf, wie in der Formierungsphase des Ministeriums der diffus als „schwere Hypothek“ umschriebene Nationalsozialismus als schicksalhafter Schlag für die deutsche Atomforschung dargestellt wurde, dessen Schäden es nun zu beheben gelte. Insbesondere der hierdurch entstandene „Rückstand“ gegenüber anderen Industrienationen sei als ernstes Problem gesehen und geradezu zum Topos erhoben worden. Infolgedessen habe die Erschließung der „Zukunft“ durch Überwindung des „Rückstandes“ das Selbstbild des Führungspersonals erheblich geprägt. Dies sei in eine Selbststilisierung als Garant für das Wiederanknüpfen an eine verkörperte „große deutsche Forschungstradition“ in der Atom- Luftfahrtforschung gemündet. Im Zuge des „Aufholens“ in den 1960er Jahren sei es schließlich zu einer Aufweichung des starr nationalstaatlichen Paradigmas und einer Abschwächung des eigenen Opferempfindens gekommen.

Als Auftakt zum abschließenden Panel nahm STEPHAN GEIER (Tübingen) die bun-

desrepublikanische Atompolitik näher in den Blick. Anders als bisweilen angenommen, habe sich die junge Bundesrepublik mitnichten von Beginn auf eine kategorisch zivile Atomnutzung beschränkt. Stattdessen sei ein bewusstes Lavieren vorherrschend gewesen, welches die Option zum Aufbau eines militärischen Nuklearpotentials offenhalten sollte. Deshalb seien auch diverse Forschungseinrichtungen aufgebaut worden, die Dual-use-Potential gehabt hätten. Gleichwohl sei ein ernsthaftes Bemühen um atomare Bewaffnung spätestens 1966 mit der Aufgabe der Idee von der atomaren Teilhabe im Rahmen der NATO verworfen worden. Dass trotzdem eine klare Absage an die Bombe vermie-

den wurde, sei dadurch erklärbar, dass man die theoretische Möglichkeit zur Waffenforschung, als latentes Drohpotential in internationalen Verhandlungen nicht missen wollte und hoffte, so die eigene nationale Souveränität stärken zu können.

HELMUTH TRISCHLER (München) beleuchtete in seinem Vortrag das Gruppenverständnis der deutschen Luftfahrtforschung seit 1945. Nachdem es im Nationalsozialismus noch der mit Abstand größte Forschungskomplex gewesen sei – für Trischler „big science avant la lettre“ –, habe das Kriegsende für die technokratische Elite dieses Sektors einen großen Bedeutungsverlust dargestellt. Gleichwohl sei das aus der NS-Zeit stammende enge Netzwerk aus Verwaltung, Industrie und Forschung nicht zerrissen. Stattdessen sei ein eigenes soziokulturelles Milieu entstanden, das für eine „Rückgewinnung [deutscher] technologischer Weltgeltung“ lobbyiert habe. Einhergegangen sei dies mit einer Glorifizierung der eigenen technischen Leistungen unter und für den Nationalsozialismus, was allerdings zu einer traditionsgebundenen Pfadabhängigkeit in Forschung und Produktion geführt habe. Letztlich sei es so zu einer Abkopplung von der internationalen Forschung und zu einem schleichenden Niedergang der deutschen Luftfahrt gekommen.

Im letzten Referat des Workshops präsentierte ALEXANDER VON SCHWERIN (Berlin) seine Überlegungen zu Forschungs(dis)kontinuitäten im Bereich des Strahlenschutzes. Schwerin erläuterte, dass

sich die in den 1950er Jahren omnipräsente Begeisterung für die Atomforschung keineswegs auf die Produktion von Energie beschränkt habe, stattdessen seien weitreichende Visionen von der Alltagsanwendbarkeit der Kerntechnik postuliert worden. Gleichzeitig habe sich der Strahlenschutz aber noch in den Kinderschuhen befunden, insbesondere habe es an Studien zur Wirkung geringerer Strahlungsdosen auf den menschlichen Körper gefehlt. Strahlenschutzforschung sei deshalb primär ein Metier von Humanmedizinerinnen und Biologen gewesen, die dort relativ nahtlos an ihre Arbeit aus dem „Dritten Reich“ hätten anknüpfen können. Eine weitergeführte Fragestellung (allerdings nicht nur in Deutschland) sei so die nach den Folgen von Strahlung für das menschliche Erbgut gewesen, welche schon mit dem „Erbbiologischen Bevölkerungsregister“ in der Weimarer Republik begonnen worden sei. Neben dieser methodischen Kontinuität, die vom zum größten Teil über den Systemwechsel hinweg gleich gebliebenen Personal getragen wurde, seien aber auch die Forschungsinstitutionen bemerkenswert stabil geblieben, was die relative „Bruchlosigkeit“ verstärkt habe.

Für lebhaftere Diskussion sorgten insbesondere die eingangs von Mentel aufgeworfenen Fragen nach der Nachweisbarkeit eines „nationalsozialistischen Fingerabdrucks“ im Behördenhandeln nach 1945 sowie die Frage, ob sich ein solcher über den biographischen Zugriff belegen lasse. Konsens bestand darin, dass reines Zählen von NSDAP-Mitgliedschaften hier nicht weiterhelfe und es bisweilen schwierig sei, konkrete Handlungen als genuin nationalsozialistisch zu klassifizieren. Gleichzeitig wurde aber auch die Gefahr betont, durch eine zu enge Definition der NS-Ideologie Entlastungsstrategien der Täter zu reproduzieren. Der von Johannes Hürter (München) eingeworfene Vorschlag, zur Fassung des geistigen Milieus den Fokus unter Einbezug nationalkonservativ-völkischer Überzeugungen auf ein breiteres „politisch-ideologisches Kontinuum“ zu weiten, stieß auf Zustimmung.

Die Debatte um den im historischen Selbstverständnis omnipräsenten „unpolitischen Beamten“ eröffnete zweierlei Einsich-

ten. Zum einen wurde das Konzept dezidiert als Entlastungsstrategie eingesetzt. Zum anderen scheint in den Selbstbeschreibungen aber auch ein von weiten Teilen der Führungsbeamtenschaft mit Überzeugung vertretener Etatismus durch, der das soziokulturelle Milieu der Spitzenbeamten prägte und stabilisierte. Der sich hierbei entfaltende Opfermythos – als zu Unrecht durch Entnazifizierung gegängelte Verteidiger des Staates gegen die „150prozentigen NS-Ideologen“ im Nationalsozialismus – schloss gleichzeitig den Kreis gegenüber Remigranten und Verfolgten.

Zur Frage nach der Verzahnbarkeit von biographischer und inhaltlicher Kontinuität aufschlussreich waren vor allem die im letzten Panel aufgezeigten Kontinuitäten in der Forschung und Wissenschaftspolitik. Es wurde deutlich, dass gerade in Wissenschaften, wie der Biologie oder der Luftfahrtforschung NS-belastete Grundprämissen, wie auf Hegemonie ausgerichtete Rüstung oder biologistisch-holistisch geprägte Vorstellungen vom Volk(skörper) überdauern konnten.

Konferenzübersicht:

Begrüßung

Elke Seefried (München)

Einführung

Thomas Raithel (München)/Niels Weise (München)

I. Personelle NS-Belastungen in bundesdeutschen Ministerien – eine Zwischenbilanz

Moderation: Maren Richter (München)

Christian Mentel (Potsdam): Aktuelle Forschungsergebnisse zur NS-Vergangenheit des Personals in Bundesministerien

Niels Weise (München) Einordnung des Atom- und Forschungsministeriums

Irina Stange (Berlin): Die Einstellung NS-Belasteter in den bundesdeutschen Ministerialdienst

II. Das historische Selbstverständnis von Ministerien in der frühen Bundesrepublik

Moderation: Johannes Hürter (München)

Frieder Günther (Berlin): Innenministerium

Manfred Görtemaker (Potsdam): Justizminis-

terium

Bernhard Löffler (Regensburg): Wirtschaftsministerium

Thomas Raithel (München): Atom- und Forschungsministerium

III. Forschungsentwicklung und -politik in der frühen Bundesrepublik im Zuständigkeitsbereich des Atom- und Forschungsministeriums

Moderation: Florian Schmaltz (Berlin)

Stephan Geier (Tübingen): Atompolitik als Machtpolitik?

Helmuth Trischler (München): Luftfahrtforschung

Alexander von Schwerin (Berlin): Humangenetik und Strahlenschutz

Schlusswort

Thomas Raithel (München)

Tagungsbericht *Zukunftsorientierung und NS-Vergangenheit. NS-Belastungen im bundesdeutschen Atom- bzw. Forschungsministerium, 1955-1972*. 10.10.2017–11.10.2017, München, in: H-Soz-Kult 21.11.2017.